

Protokoll:

Rm Balmes (CDU) erläutert, er sehe sich als Moselweißer Ratsmitglied gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, die Konsequenzen, die mit dem Bau der Nordtangente im Hinblick auf die weiter zunehmende Verkehrsbelastung im Stadtteil Moselweiß entstehen würden, einmal aufzuzeigen und entsprechend zu begründen. Seit August 1990 belaste der Verkehr, der über die Kurt-Schumacher-Brücke laufe, den Ortsteil Moselweiß erheblich. Am 04.07.1991 habe die Rhein-Zeitung geschrieben, das Verkehrsaufkommen im Ortskern von Moselweiß sei mit Öffnung der Südtangente in der Moselweißer Hohl und im Heiligenweg um 30% gestiegen. Mit Öffnung der Kurt-Schumacher-Brücke sei das Verkehrsaufkommen um weitere 10% gestiegen. Entsprechend der Pressemitteilung von städtischen Verkehrszählungen vor 20 Jahren seien in der Moselweißer Hohl 10.000 Fahrzeuge und im Heiligenweg 7.000 Fahrzeuge pro Tag mit zunehmender Tendenz registriert worden.

Die Verwaltung habe zum Thema Planungen und Bau der Nordtangente mitgeteilt, dass die Kurt-Schumacher-Brücke mit Umsetzung der Maßnahme „Nordtangente“ mit einem Verkehrsmehraufkommen von 11.000 Fahrzeugen in beiden Fahrtrichtungen zu rechnen habe. Ein Großteil dieser Fahrzeuge, die über Moselweiß über die Hohl fließen würden, würde diese Belastung erhöhen. Folgend würde auch die Verkehrsbelastung im Ortsteil von Moselweiß um Einiges ansteigen. Erschwerend käme hinzu, dass der gesamte Durchgangsverkehr unmittelbar am Gemeinschaftsklinikum Kemperhof vorbeifließe und hier die Aufenthaltsqualität nachhaltig negativ beeinflusse. Bereits heute stau sich der Verkehr zu Spitzenzeiten auf der Kurt-Schumacher-Brücke aus Richtung Metternich kommend auf der B416 zurück bis vor den Ortsausgang Metternich. Das gleiche sei der Fall auf der Schlachthofstraße im Bereich der Brückenabfahrt in Richtung Verwaltungszentrum II, Rauental und im Bereich der Brückenauf- und -abfahrten im Ortsteil Moselweiß. Er weist daraufhin, dass die CDU-Fraktion nicht gegen die Nordtangente sei, aber ein gesicherter Verkehrsabfluss in beide Richtungen hierbei grundlegende Voraussetzung sei, damit keine Stadtumfahrung B9 mit Verkehrsmehrbelastungen in Moselweiß geschaffen würde.

Er richtet die Bitte an den Oberbürgermeister und die Verwaltung, die Anbindungen der Kurt-Schumacher-Brücke an die Beatusstraße zur Entlastung von Moselweiß spätestens mit dem Ausbau der Nordtangente zeitgleich umzusetzen, damit Moselweiß nicht in Abgasen und Feinstaub von über 20.000 Fahrzeugen pro Tag in beiden Richtungen ersticke, hierbei Lebens- und Wohnqualität abnehme und die Verkehrsgefährdung insbesondere für Kinder auf dem Schulweg sowie das Queren von Straßen für Fußgänger fast unmöglich werde.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen trägt vor, die Einwohner von Metternich, Rübenach und Lützel würden seit 1991 auf eine Verkehrsentslastung ihrer Stadtteile warten. Die Frustration der betroffenen Bürger sei groß und mit der heutigen Entscheidung zum stufenweisen Neubau der L52 setze man endlich nach fast 50 Jahren ein Zeichen. Die „abgespeckte“ Version werde seit 2006 immer wieder von den Metternicher Heimatfreunden und der Bürgerinitiative Lebenswertes Rübenach e.V. favorisiert. Auch der FDP-Ortsverband Nord West unterstütze diesen Vorschlag. Die FDP-Ratsfraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Rm Rosenbaum (CDU) bittet um Auskunft über die Beschlussvorlage. In dieser stehe zwar, der Neubau werde zur Beschleunigung der Gesamtmaßnahme stufenweise umgesetzt und auch die Gesamtkosten von 45 Mio. Euro. Allerdings sei nirgendwo festgesetzt, dass später einmal die Möglichkeit bestehe, die ursprüngliche Planung zu verwirklichen. Er fragt, ob die Planfeststellung daraus hinauslaufe, dass vierspurig gebaut werden könne und ob der Grunderwerb getätigt würde.

Beigeordneter Prümm erklärt, die Absprache mit dem LBM (Landesbetrieb Mobilität) seien auf der Grundlage eines Entwurfes geführt worden, aber der LBM habe immer noch die Option des vierspurigen Ausbaus im Auge. Das Planfeststellungsverfahren sei auch auf Grundlage des vierspurigen Ausbaus durchgeführt worden. Der Grunderwerb werde in der vorgelegten Form des Planaufstellungsbeschlusses vom LBM durchgeführt.

Rm Altmaier (SPD) stellt die Frage, ob die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt, wenn der städtische Anteil in den Haushalt einzubringen sei, die Gelder einstellen würde.

In der Begründung müsste dann noch der Satz geändert werden, dass das Berufungsverfahren beim OVG abgeschlossen sei. Die Änderung sei zwar auf der Seite zwei als Änderung vermerkt, aber im ersten Absatz der Begründung stehe noch, dass das Berufungsverfahren beim OVG anhängig sei, was man ändern solle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, er akzeptiere grundsätzlich keine Verbindungen auf den nächsten Haushalt. Auch wenn dies im Rat beschlossen würde, sei dies nicht gleichzusetzen mit der Verbindung auf den nächsten Haushalt. Haushaltsberatungen fänden im Stadtrat statt und zwar insgesamt unter Würdigung aller anstehenden Projekte. Natürlich habe solch ein Projekt, zu dem es einen Beschluss gebe, eine höhere Priorität als beispielsweise eine unverbindliche Willensbildung. Aber mit der Beschlussfassung sei nicht automatisch verbunden, dass ein wie auch immer gearteter Betrag dann im nächsten Haushalt verpflichtend zu sein habe. Die Haushaltsberatungen würden als Ganzes zu dem Zeitpunkt geführt, wenn man sie führe.

Rm Baum (FBG) schildert, die FBG-Fraktion begrüße den Vorschlag zu einem stufenweisen Neubau der L52 neu. Auch die Bürger von Bubenheim würden diese Maßnahme begrüßen und würden hoffen, dass im Zuge dieser Maßnahme auch der Ausbau der L127 nicht vergessen werde.

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mehlbreuer berichtet, auch ihre Fraktion befürworte den Vorschlag. Sie weist daraufhin, dass die Fraktion dafür sei, weniger Flächen zu verbrauchen und der Meinung sei, der zweispurige Ausbau sei ausreichend und hoffe, dass entsprechend dem LEP IV des Landes nicht die große Lösung zum Tragen käme.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross lässt wissen, dass seine Fraktion zustimmen werde.